



## **Alternativantrag**

der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen

zu „Einführung eines verpflichtenden Unterrichtsangebots zu Erste-Hilfe Maßnahmen an Schleswig-Holsteins Schulen“ (Drs. 20/2317)

### **Erste-Hilfe-Maßnahmen gemeinsam mit Rettungsdiensten weiterentwickeln**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt die bereits geltende enge Zusammenarbeit zwischen Schulen und Rettungsdiensten mit dem Ziel, Schülerinnen und Schüler für die Anwendung von Erste-Hilfe-Maßnahmen zu qualifizieren. Hier erfolgen die Angebote altersspezifisch. Dies gilt insbesondere beim Schulsanitätsdienst an den weiterführenden Schulen. Hier nehmen die Rettungsdienste als Partner eine wesentliche Rolle ein.

Seit dem Jahr 2024 unterstützt die Landesregierung die Schulen zusätzlich durch eine Koordination für die Schulsanitäterausbildung, für welche 35T Euro bereitgestellt wurden. Weiterhin unterstützt die Landesregierung das Angebot der Björn-Steiger Stiftung „Retten macht Schule“, welches sich zum Ziel setzt Lehrkräfte zu Multiplikatoren für die Wiederbelebung unter Zuhilfenahme eines Defibrillators auszubilden, sodass diese dann das Wissen altersgerecht an die Schülerinnen und Schüler weitergeben können.

Der Landtag bittet die Landesregierung, mit Einführung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter, die intensive Zusammenarbeit mit den Rettungskräften bedarfsgerecht fortzusetzen. Weiterhin bittet der Landtag die Landesregierung zu prüfen, ob und wie in Zusammenarbeit mit den Rettungsdiensten, eine Verpflichtung für einen Erste-Hilfe-Kurs in den neunten oder zehnten Klassen für alle Schülerinnen und Schüler mit Auffrischung in der Oberstufe umsetzbar ist. Dabei soll insbesondere der situations- und damit altersabhängige Einsatz von Schülerinnen und Schülern betont werden.

Begründung:

Seit Jahren besteht eine enge Zusammenarbeit zwischen Schulen und den Rettungsdiensten im Land. Diese wurden in den vergangenen Jahren intensiviert. In 2022 wurden Schulsanitätsdienste mit Material für die Durchführung ihres Ehrenamtes durch die Landesregierung unterstützt.

Wiebke Zweig  
und Fraktion

Malte Krüger  
und Fraktion